

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

18.2.1930 (No. 42)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Hauptredaktion
Nr. 653
und 654
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staubangebot
Chefredakteur
G. M. M. M.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Reklamationskonto gilt und bezweckert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berücksichtigung mit dem Winklerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Betreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendeiner Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wirtschaftskalender, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Sowjets gegen die Konzessionen

Ein deutsch-russischer Konfliktfall

Die Sowjetregierung duldet im Verlauf ihres Vorgehens gegen die ausländischen Konzessionen ein systematisches Vorgehen der Behörden gegen die „Druck“, deren Aktien wie bekannt, zum größten Teil sich in der Hand des Deutschen Reiches befinden. Das Finanzamt Bamowita hat die Automobile und Schreibmaschinen der Konzession gepfändet und die Versteigerung angeordnet. Ferner wurde die sofortige Einreichung der ersten am 1. März fälligen Pachtabgabe der Konzession vorbereitet. Von den Gewerkschaften ist ferner mit rückwirkender Kraft bis 1927 eine 3-proz. Lohnabgabe der deutschen Angestellten zur Unterstützung des Betriebsrates diktiert worden. Den treibenden Kräften ist es offenbar gleichgültig, daß diese Konzession in wenigen Jahren durch aufopfernde Tätigkeit ein Musterbetrieb geworden ist, der jetzt schon mit seiner vorzüglichen Saat- und Tierzucht (11.000 Stück Edelvieh) das Budget der nordkaukasischen Sowjetwirtschaft geworden ist. Offenbar ziehen es aber die Sowjets vor, diesen Musterbetrieb sich kostenlos anzueignen, nachdem hohe Investitionen durch den Konzessionär erfolgt sind.

Die Sowjetleute verlieren — wie der „Deutsche Volkswirt“ schreibt, das Interesse an einer Reihe von bestehenden Konzessionen immer mehr, besonders, sofern sie Massengebrauchsartikel herstellen, deren Produktion später Staatsfabriken aufgenommen haben, und sofern sie Überschüsse erzielen, deren Transfer ins Ausland sie auf Grund ihrer Verträge verlangen können. Beide Umstände sind für die jahrelange Feindschaft maßgebend, die die Sowjets gegen die österreichische Konzession der Textilfabrikfirma Bernhard Altmann geübt haben und die nun zu einer einseitigen Auflösung des Konzessionsvertrags, zur Verfestigung des Betriebs und Beschlagnahme — ein faulstes Wort — der Vorräte und Vermittel geführt hat. Die 1926 für 18 Jahre begründete Konzession hat gut gearbeitet. Bei ihren über das Land verstreuten Verkaufsstellen stand die Konkurrenz an, um die entbehrten Waren zu erhalten.

Die Verurteilung der zwei deutschen Leiter der Druckerei (Deutschruf, Saalbau AG.) zu 20.000 Rubel Geldstrafe aus den wichtigsten Gründen, die Schlitzen gegen die Vena Goldfelds, das ungehemmte Treiben der G. B. H. gegen freie Bewegung der wirtschaftenden Ausländer, die man selbst heringelockt hat, alles das zeigt, daß Sowjetrußland gegenüber jede Vorsicht geboten ist.

Öffentliche Aufträge und Arbeitsbeschaffung

Der Reichsarbeitsminister hat an den Deutschen Städtetag ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die große Bedeutung der Vergebung öffentlicher Aufträge zur Bekämpfung der großen Arbeitslosigkeit dieses Winters hinweist. Er teilt mit, daß die Beschaffungsressorts des Reiches, der Reichspost und der Reichsbahn-Gesellschaft versprochen haben, nach Möglichkeit auf eine verstärkte Auftragsvergebung in den Wintermonaten hinzuwirken. Und er bittet deshalb, daß auch die Gemeinden die von ihnen zu vergebenden Aufträge nach Möglichkeit so verteilen und die Lieferfristen so stellen, daß die Betriebe vor allem in den Wintermonaten Dezember bis März in möglichst großem Umfang mit diesen Aufträgen beschäftigt sind.

Auf dieses Schreiben hat im Namen des Städtetages Präsident Dr. Mulert erwidert, daß die Städte für eine planmäßige Regelung der Vergebung öffentlicher Aufträge zum Zwecke einer Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt das größte Verständnis haben, daß aber die Finanzlage der Gemeinden sich in den letzten Monaten wesentlich verschlechtert hat, daß ihnen insbesondere auch der ausländische Kapitalmarkt seit längerer Zeit völlig verschlossen ist. In Anbetracht dieser Verhältnisse könne also die Verteilung von Aufträgen in diesem Jahre nur im Rahmen der gesamten Finanzlage der Gemeinden erfolgen. Eine Vornahme von Mitteln des nächstjährigen Haushaltsplanes zur Vergebung von Aufträgen, wie sie der Reichsarbeitsminister in seinem Schreiben vorschlug, kann Dr. Mulert nicht empfehlen, da sich im Zusammenhange mit der in Vorbereitung befindlichen Reichsfinanzreform die im nächsten Jahre zu erwartenden Einnahmen der Gemeinden noch in keiner Weise übersehen lassen. Diese Stellungnahme des Deutschen Städtetages wird sicherlich in den Gemeindeverwaltungen überall Verständnis und Billigung finden.

Für ein neues Mietengesetz

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat zur bevorstehenden Mieterrechtsdebatte im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Regelung des Mietwesens eingebracht, der sämtliche jetzt bestehenden Mieterrechtsgesetze erheben soll. Die gesetzliche Miete soll auf der Grundlage einer Friedensgrundmiete berechnet werden. Zu dieser Friedensgrundmiete treten Zuschläge in Hundertsätzen für die laufenden Instandsetzungsarbeiten sowie für die Kosten für große Instandsetzungen. Die gesetzlich festgelegten Zinssteigerungen und die Betriebskosten sollen ferner in ihrer vollen Höhe auf die Mieter umgelegt werden. Ausgenommen von dieser Regelung sollen Verträge bleiben, die schriftlich als freie Vertragsvereinbarung über ein bestehendes Mietverhältnis neu abgeschlossen werden, ferner Verträge über Fünf- und Mehrzimmerwohnungen, über gewerbliche Räume und Untervermietungen und über Neubauten. Der zweite Abschnitt behandelt den Mieterschutz. Für Streitigkeiten wird ein Mietschiedsgericht gebildet. In einem dritten Abschnitt werden Dauerbestimmungen geschaffen, wonach die Forderung zu hoher Mieten oder unangemessener Mietsummen bestraft wird. Das neue Gesetz soll zunächst bis Ende Dezember 1932 befristet sein.

Letzte Nachrichten

Reichstag erst am Montag

Die Ausschussberatung der Young-Gesetze
RDZ. Berlin, 18. Febr. (Tel.) Der Reichsrat des Reichstages beschloß heute vormittag auf Wunsch des auswärtigen Ausschusses und des Haushaltsausschusses, die nächste Reichstagsitzung erst am Montag stattfinden zu lassen. Diese Plenarsitzung wird voraussichtlich erst um 15 Uhr beginnen. Auf der Tagesordnung steht nur die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes. Die zweite Lesung des Youngplanes dürfte erst am Mittwoch, frühestens am Dienstag der kommenden Woche beginnen. Die vereinigten Ausschüsse werden die Beratung der Young-Gesetze frühestens am Samstag abschließen. Falls das nicht gelingt, sieht ihnen dann auch noch der Montagvormittag zur Verfügung. Sie leiteten heute die Beratung der Young-Gesetze in vertraulicher Sitzung fort.

RDZ. Berlin, 18. Febr. (Tel.) Im Reichstag begannen am Dienstag kurz vor 12 Uhr die Beratungen des Reichsfinanzministers Woldenhauer und des Reichsarbeitsministers Wiffel mit den sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung im Rahmen der Finanzreform.

Schurman über den Youngplan

Deutschlands Wiederaufbau

RDZ. New York, 18. Febr. (Tel.) Bei einem Festessen, das die deutsch-amerikanische Handelskammer gestern abend ihm zu Ehren gab, schilderte der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Schurman, in längerer Ansprache die Entschlossenheit, mit der sich das deutsche Volk dem Wiederaufbau widme, sowie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die auf Deutschland noch lasteten. Er betonte, daß der Youngplan zweifellos die gegenwärtig beste Lösung darstelle. Nur die Zeit, und dies wahrscheinlich, ehe viele Jahre vergangen seien, werde zeigen, welche Änderungen notwendig seien, um den Youngplan in besseren Einklang künftiger Zahlungsfähigkeit zu bringen.

Schurman wies auf die erfolgreiche Durchführung der von Stresemann eingeleiteten Außenpolitik der gegenwärtigen Verfassung hin und nannte Hindenburg den Washingtoner modernen Deutschland. Das deutsche Volk habe bewiesen, daß es von gutem Schutze und fähig sei, die ihm gestellten großen und fast übermenschlichen Aufgaben zu bewältigen. Die Leistungen Deutschlands forderten die Bewunderung des amerikanischen Volkes heraus, ebenso wie Deutschlands Leiden seine Sympathien erweckt hätten. Das amerikanische Volk sehe voller Vertrauen Deutschlands weiterem Fortschritt entgegen. Er selbst empfinde es als das größte Ereignis seines Lebens, während jener denkwürdigen Jahre mitten unter dem deutschen Volke gelebt zu haben.

Die württembergische Staatsregierung

verfassungsmäßig

RDZ. Leipzig, 18. Febr. (Tel.) In dem Verfassungstreit der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Württembergischen Landtag gegen das Land Württemberg und den Württembergischen Landtag die Verfassungsmäßigkeit des seit dem 8. Juni 1928 bestehenden Kabinetts Dr. Holz verurteilte der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich heute früh folgende Entscheidung: „Die Anträge werden zurückgewiesen.“ Damit ist festgestellt, daß die Regierung Dr. Holz auf verfassungsmäßige Weise zustandekommen ist und sich zu Recht im Amte befindet.

Die Genfer Zollfriedenskonferenz

Reichswirtschaftsminister Schmidt über den deutschen Standpunkt

RDZ. Genf, 18. Febr. (Tel.) In der heutigen Vormittags-sitzung der Zollwaffenstillstandskommission erläuterte Reichswirtschaftsminister Schmidt die Einstellung der deutschen Delegation zu den Aufgaben der Konferenz in längerer Rede, in der er u. a. sagte: Der Beschluß der Völkerversammlung über einen internationalen Zollfrieden, der die Veranlassung zu unserer heutigen Konferenz gab, wollte mit seinen Vorschlägen den besonderen europäischen Schwierigkeiten begegnen. Die besondere Lage, die sich für Deutschland bei einer internationalen Zusammenarbeit ergibt, läßt sich wie folgt zusammenfassen: Kapitalknappheit, Reparationen, Arbeitslosigkeit, landwirtschaftliche Notlage und ungünstige Besondereigenschaften der Rationalisierung. Wenn das Grundübel der europäischen Wirtschaft der Überproduktionsismus der Neuzeit ist, d. h. die überhöhten Zölle und sonstigen Handelshemmnisse, so kann ein Zollfrieden, d. h. ein Eindeutiger weiterer Zollrückgang, nur als ein Segen für Gesamt Europa betrachtet werden.

Der englische Ministerpräsident, MacDonald, ist aus der Unabhängigen Arbeiterpartei ausgetreten, die sich hauptsächlich aus Arbeiterparteilern des äußersten linken Flügels zusammensetzt.

* Sturz des Kabinetts Tardieu

Während man in Berlin nun schon seit Wochen darüber debattiert, wie die Kassen-schwierigkeiten des Reichs behoben werden können, und wie man die Reichsfinanzen gründlich saniert, darf sich der französische Finanzminister den Luxus leisten, neue Anforderungen auf Steuerermäßigungen und Pensionserhöhungen mit der Begründung abzulehnen, daß die 18 Milliarden Franken Überschuß, über die er zu verfügen hat, ihm noch nicht ausreichen, und daß eine ordentliche Finanzwirtschaft nicht durchzuführen sei, wenn man bei den neuen Forderungen beharre. Also immer wieder der alte Gegen-satz: bei uns in Deutschland ergeben sich alle Schwierigkeiten finanzieller Art aus dem großen Loch, das in unserm Säckel klappt, während in Frankreich sich die Schwierigkeiten aus der entgegengesetzten Tatsache ergeben, aus der Tatsache eines zu großen Reichtums. Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer wäre froh, wenn er wenigstens die Defizite abgedeckt hätte; der bisherige französische Finanzminister Cheron aber treibt Spekulationspolitik und ist empört, wenn man ihm zumutet, von seinem Überfluß etwas zugunsten der Frontkämpfer, der Staatsbeamten und der Wirtschaft abzugeben. So ist es gestern zum Sturz des Kabinetts Tardieu gekommen. Es ist eine rein innerpolitische, eine rein steuerpolitische Frage, über die das Kabinett gestolpert ist. Noch kurz zuvor hatte das Kabinett eine schwache Mehrheit für sich gehabt. Einige Stunden darauf erfolgte dann die neue Abstimmung: sie führte mit 286 gegen 281 Stimmen, also mit nur 5 Stimmen Mehrheit, den Sturz der Regierung herbei. Obwohl der Vorsitzende des Finanzausschusses dem Finanzminister mit allem Nachdruck bedeutet hatte, daß die Kommission auf ihren Forderungen beharre, blieb der Finanzminister intransigent und stellte die Vertrauensfrage.

Herr Tardieu hat das Geschick nicht mehr zu seinen Gunsten beeinflussen können. Er war am Freitagnachmittag aus London nach Paris geeilt. Zunächst schien es so, als ob es ihm gelingen würde, Cheron zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Dann aber wurde Tardieu durch eine Grippe für zwei Tage ans Bett gefesselt. Und das Unheil nahm seinen Lauf. Man hatte schon seit einiger Zeit in der französischen Kammer den Eindruck, daß Tardieu sich viel zu wenig um die innere Politik des Landes kümmere und mehr auf dem Gebiet der Außenpolitik, auf den großen internationalen Konferenzen in Genf, im Haag und jetzt in London Triumphe zu feiern suche. Da nun auch Cheron sich mit der Kammer nicht mehr recht verständigen konnte, ergab sich schon seit 1-2 Wochen eine Situation, die nach der Ansicht der Kenner der Verhältnisse zu einer Katastrophe hindrängte.

Die 286 Abgeordneten, die gestern gegen die Regierung stimmten, setzen sich in der Hauptsache aus den Parteien der Linken zusammen. Was wird nun geschehen? Man spricht von drei Möglichkeiten bei der neuen Kabinettsbildung. Tardieu könnte von neuem mit der Bildung beauftragt werden. Ferner käme ein neues Kabinett Briand in Betracht. Und schließlich auch ein Kabinett, das von den Radikalen, der stärksten Fraktion der Kammer, gebildet wird. Aber die Radikalen müßten nach rechts hin, bei der Marin-Gruppe, Unterstützung suchen, da die Sozialisten ja von neuem im Prinzip die Beteiligung an der Regierung abgelehnt haben. In einzelnen Blättern wird auch Poincarés Name genannt. Am besten wäre es jedenfalls, wenn es gelänge, die Radikalen mit in die Kabinettsbildung einzubeziehen. Nur so wäre es möglich, eine wirklich stabile Mehrheit zu schaffen.

Interessant ist übrigens die Tatsache, daß Finanzminister Cheron auch nach der Kammerstimmung, die den Sturz des Kabinetts brachte, bei seiner Auffassung geblieben ist. Er ist der Meinung, daß diese Kritik notwendig war, daß man ein Geschwür habe aufsteden müssen. Man dürfe die finanziellen Quellen des Landes nicht der Demagogie ausliefern. Er glaube, seine Pflicht wahrhaft erfüllt zu haben dadurch, daß er sich dem Streben widersetzt habe, die Finanzen Frankreichs Stück für Stück abzutragen.

Von hier aus kann man nicht beurteilen, wer nun eigentlich recht hat: Cheron oder die Finanzkommission. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß Frankreich ein reiches Land ist, demgemäß durchaus gesunde Finanzen haben müßte und aus mancherlei Gründen den Fiskalismus in seiner öffentlichen Finanzpolitik er-

fordert, dann hat Cheron recht gehabt. Und vielleicht war der Finanzminister auch darüber hinaus der Ansicht, daß jene Forderungen an und für sich übertrieben sind und auf demagogische Absichten zurückgehen, und daß auch ein wohlgefüllter Geldsack nicht dazu da sei, um unberechtigte Wünsche zu erfüllen.

Kommt Tardieu wieder?

Paris, 18. Febr. (Priv.-Tel.) In der Besprechung der Lage nach dem Sturz des Kabinetts Tardieu gehen die Meinungen weit auseinander. Die Presse scheidet sich, wie vorausgesehen war. Die rechtsstehende Presse glaubt, sagen zu können, daß Finanzminister Cheron durch die geistige Abstimmung berührt worden sei, und daß Tardieu als erfolgreicher Unterhändler im Haag und als Retter der Unterseeboote in London vom Präsidenten der Republik wieder berufen werden würde. Die sozialistischen, radikal und gemäßigten, die Politik der mittleren Parteien vertretenden Blätter dagegen stellen fest, daß die Zusammensetzung der Mehrheit, die gestern das Kabinett geführt hat, eine ausgesprochene Linksmehrheit war, und daß infolgedessen der Präsident der Republik einen linksgerichteten Politiker die Regierungsbildung übertragen müsse. Wem? In erster Linie nennt man Briand, der jedoch keine besondere Neigung empfinden dürfte, die innerpolitischen Kämpfe, die die Lage nunmehr erfordert, durchzuführen. Man nennt auch einige radikale Senatoren, an der Spitze Albert Sarraut, ferner Clementel und auch Steeg. Niemand jedoch erwähnt die beiden radikalen Abgeordneten, die gestern die Krise herbeigeführt haben, die Abgeordneten Lamoureux und Chauvemp.

Alle Blätter sind dagegen einig in der Ansicht, daß die Krise nur von kurzer Dauer sein werde, da hinsichtlich der Londoner Verhandlungen eine rasche Entscheidung notwendig sei.

Nobile verurteilt

Der Bericht des Untersuchungsausschusses für die „Italia“-Katastrophe ist in Rom veröffentlicht worden. Er stellt in seiner Gesamtheit ein vernichtendes Urteil für den General dar.

Schon auf dem Flug von Mailand bis zur Königsbai habe sich die ungenügende Organisation gezeigt. Nach Ansicht der Sachverständigen hätte Nobile, als er während des Sinkens alle Motore abstellen lassen, die Katastrophe vermeiden können, wenn er richtig gegen den Wind gesteuert hätte. Nobile habe während der ganzen Expedition beschränkte technische Eignung zum Flugzeugführer und keine Befähigung zum Kommando gezeigt. In dieser Kritik stellt sich der Vorwurf, daß General Nobile sich als erster habe retten lassen. Seine Haltung habe allen Gesetzen der militärischen Ehre widersprochen und finde keine Rechtfertigung, wenn sie auch durch seine physische und moralische Niedergeschlagenheit erklärt werden könne. Nach seiner Rettung habe er nicht, wie er als Begründung zu seinem Schritt angegeben habe, die Leitung der Hilfsexpedition zu übernehmen verlangt, sondern erst, nachdem er an Bord des Hilfschiffes eingetroffen sei, sei er sich seiner Duldung bewußt geworden und habe, um sich zu rehabilitieren, gebeten, zurückfliegen zu dürfen. Gleichzeitig sei er um die Erneuerung seiner Versicherungspolice bemüht gewesen. Nobile wird als eingebildet bezeichnet und als undankbar gegen diejenigen, welche ihn unterstützt und dabei ihr Leben verloren haben.

Falschmeldungen über die Räumung. Verschiedene Meldungen aus der Pfalz und Rheinpfalz, insbesondere aber eine Meldung aus Mainz, die wissen wollen, daß bis März oder Mai bestimmte französische Truppenteile zurückgezogen und Städte von der Besatzung geräumt werden, können von zuständiger deutscher Stelle nach einer Erkundigung beim französischen Oberkommando nicht bestätigt werden.

Beratungsstelle für Auslandsanleihen. Anlässlich einer Besprechung des Reichsfinanzministers mit den Ministern der Länder kam eine Einigung dahin zustande, daß die Beratungsstelle für Auslandsanleihen bis zur Verabschiedung des Haushalts 1930, also bis mindestens Juni d. J., aufrecht erhalten werden soll. Ein Umbau der ganzen Institution ist geplant und soll wohl im Anschluß an eine Neuorganisation der Staatsaufsicht über die Kommunen vor sich gehen.

Der kommunalistische Solinger Oberbürgermeister Hermann Weber, der von Kommunisten und Sozialdemokraten gewählt worden war, ist von der preussischen Regierung nicht bestätigt worden. Der Regierungspräsident teilte mit, daß bei einer nochmaligen ergebnislosen Wahl der Minister von sich aus einen mit den Solinger Verhältnissen nicht in Zusammenhang stehenden, auswärtigen Oberbürgermeister auf zwölf Jahre einsetzen werde.

Stadtratswahl in Kattowitz. Das neugewählte Stadiparlament von Kattowitz (Poln. Oberschlesien) wählte zu unbedingten Stadträten nach dem Verhältniswahlrecht 5 Stadträte von der Deutschen Wahlgemeinschaft, 4 von der Fortschrittspartei, einen von der polnischen Sozialdemokratie und 2 von der Sanacypartei.

Das Heidelberger Stadttheater. Zu Nachrichten über eine angelegte Schließung des Heidelberger Stadttheaters erfährt das „Heidelberger Tageblatt“ von zuständiger Seite, daß ein Beschluß zur Schließung des Theaters noch nicht gefaßt sei. Zur Zeit liege dem Stadtrat ein erster Voranschlagsentwurf vor, der auch eine Weiterführung des Theaters berücksichtigt. Ob der Bürgerausschuß sich zur Weiterführung, zu Einschränkungsmaßnahmen oder zur Schließung entscheidet, sei noch gar nicht zu übersehen. Die Streichung des Festspielzuschusses sei ohne jeden Zusammenhang mit der Möglichkeit der Weiterführung des Theaters. Die Frage, ob und in welchem Umfang das Stadttheater weitergeführt werden kann, sei eine Frage der kommunalen Kultur- und Finanzpolitik.

Die Berliner Medizinische Gesellschaft und das Jelleis-Verfahren. Die Berliner Medizinische Gesellschaft hat in einer Entschließung gegen das Verfahren des Heilkünstlers Jelleis Stellung genommen, dessen Kurzen sich in letzter Zeit großen Zulaufs erfreuen. In der Erklärung heißt es u. a., nach Erfahrungen von Jahrtausenden habe es bisher ebensowenig ein Universalmittel gegeben, wie es etwa eine Universalheilung gebe. Es sei zu verlangen, daß durch behördliches Eingreifen Klärung über das Wesen des Jelleis-Verfahrens geschaffen werde, für das übrigens eine rein kaufmännische Kellame getrieben werde. Die Medizinische Gesellschaft stimmt in ihrer Entschließung ausdrücklich dem Standpunkt ihres Mitgliedes Prof. Dr. Lazarus zu, der das von ihm als eine reine Massensuggestion bezeichnete Jelleis-Verfahren seit einiger Zeit scharf belämpft. Prof. Dr. Lazarus, der von den Jelleis-Anhängern mit einer Klage bedroht wurde, hat in der Hoffnung, dadurch zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung beitragen zu können, seine früheren scharfen Erklärungen erneut formuliert und sie durch weitere Unterlagen erhärtet.

Finanzreform und Kommunalwirtschaft

Finanzpolitische und kommunalwirtschaftliche Fragen stehen seit Jahren im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Nachdem auf der kürzlich in Freiburg i. Br. stattgefundenen Tagung des „Reichs für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik“ die Gestaltung der Finanzreform und ihre Bedeutung für die Gemeinden sowie die wirtschaftliche Betätigung der letzteren von berufenen Vertretern der Wirtschaft und der kommunalen Selbstverwaltung in eingehenden Vorträgen behandelt worden waren (über die auch in der „Karlsruher Zeitung“ feinerzeit berichtet wurde), beschäftigten sich auch auf einer am 17. und 18. Januar in Magdeburg abgehaltenen Tagung die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtebundes mit diesen wichtigen Fragen.

Aber die Stellungnahme der Städtevertreter wird vom „Magdeburger Amtsblatt“ (Nr. 4 vom 25. Januar 1930) folgendes mitgeteilt: Die Städte stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Senkung ihrer Einnahmen nur im Zusammenhang mit einem planmäßigen Abbau der Aufgaben in Betracht kommen könne. Das beängstigende Anwachsen der Zahl der Volkswirtschaftslosen bringt zahlreiche Städte in größte Schwierigkeiten, die sofortige Maßnahmen erfordern und eine beschleunigte Ausdehnung der Krisenfürsorge unerlässlich machen.

Mehr denn je ist es selbstverständlicher Grundsatz jeder Kommunalpolitik, neue Ausgaben nicht ohne gleichzeitige Deckung zu beschließen. Aus der gleichen Grundeinstellung heraus müssen Defizitabschlüsse für 1929 und Defizitverträge für 1930 mit allen Mitteln vermieden werden.

Die Voraussetzungen für die Reichsfinanzreform haben sich in den letzten Wochen völlig verändert. Für jede Reform verlangen die Gemeinden, daß die Höhe der dringlichen Ausgaben auch für die Bemessung der Einnahmen in vollem Maße zugrunde gelegt wird. Dabei müssen sowohl im Interesse der Allgemeinheit, als auch der Kommunen ausreichende bewegliche Einnahmefaktoren mit vorgegeben werden.

Die Vorstände behandelten weiter die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden. Sie waren der Auffassung, daß die Universalität der Zuständigkeit, welche die deutschen Gemeinden mehr als 100 Jahre befehlen haben, auch jetzt in vollem Umfang aufrechterhalten werden müsse. Im Interesse der Konzentrierung wirtschaftlicher Arbeit werden für die gemeindliche wirtschaftliche Betätigung in erster Linie diejenigen Betriebe in Betracht kommen, bei denen der volkswirtschaftliche Nutzen für die Allgemeinheit größer ist als im Privatbetrieb. Es liegt deshalb jeder einzelnen Gemeinde ob, nachzuprüfen, in wieweit etwa unrentable und entbehrliche Betriebe, vor allem aus der Kriegs- und Inflationszeit, noch vorhanden sind. Die Versorgungs- und Verkehrsunternehmungen sind auf alle Fälle im kommunalen Besitz und in voller Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Weiter wurden Vorschläge für eine Revision der wirtschaftlichen Kommunalbetriebe beraten. Von besonderer Bedeutung wird es dabei sein, abgesehen von der Revision vor allem auch die an einzelnen Stellen gemachten Erfahrungen der Gesamtheit der Gemeinden für ihre Betriebe nutzbar zu machen. E.

Die Etatsfragen

Vorausichtlich Viersteuererhöhung

Die Besprechungen über die Etatsfragen gehen nur stockend weiter. Das hatte am Montag seinen Grund in der Einschaltung der Gewerkschaften, die heute, Dienstag, über die Arbeitslosenversicherung weiterberaten werden. Im interfraktionellen Ausschuss hat der Reichsfinanzminister am Montag, nachmittags nur über die Verhandlungen mit den Finanzministern der Länder Bericht erstattet. Daraus ist von besonderem Interesse, welche Form der Viersteuer jetzt im Vordergrund steht. Man denkt nun an ihre Prozenteigige Erhöhung, wovon 50 Proz. dem Reich und 25 Proz. den Ländern zugute kommen sollen. Auf Antrag Waperns soll die Verteilung unter den Ländern jedoch nach dem Maßstab des Aufkommens erfolgen, so daß also die Länder, die den größten Teil der Steuer aufbringen, auch Anspruch auf die stärkste Quote bei der Verteilung haben.

Nach der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses trat Montag abend das Reichskabinett zusammen, um den Reichshaushalt zu beraten. Über das Ergebnis der Sitzung wird amtlich mitgeteilt, daß das Reichskabinett den Beschlüssen des Reichsrates über die Gestaltung des Nachtragshaushaltsplanes 1929 beiträgt. Es steht dann die Beratungen über die Ausgaben des Reichshaushaltsplanes 1930 fort, die in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung führten.

Die Zollfriedenskonferenz in Genf wurde am Montag von dem österreichischen Handelsminister und früheren Bundespräsidenten Gattinich eröffnet.

Der Zustand der Königin von Schweden, die sich in Rom aufhält, ist ernst. Der König, der heute, Dienstag, nach Nizza fahren wollte, bleibt in Rom.

Julius Schwabe †. In Berlin ist der Herausgeber der Deutschen Medizinischen Wochenschrift, Geheimrat Sanitätsrat Prof. Dr. Julius Schwabe, im Alter von 86 Jahren gestorben. Auch eine Auswirkung der Besatzung. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wurden im Jahre 1929 insgesamt 489 Anwärter der französischen Fremdenlegion in der Pfalz aufgegriffen. In 223 von diesen Fällen mußte immer noch Unterstützung der Regionskandidaten durch die französischen Besatzungsstellen festgestellt werden.

Kleine Chronik

Im Zusammenhang mit den Unruhen bei den Opelwerken wurden von vier bereits verhafteten und wieder freigelassenen Beteiligten drei erneut festgenommen.

In der in Dortmund aufgebaut gewesenen deutschen anatomisch-hygienischen Ausstellung „Der Mensch“, deren Heimatort München ist, brach in der Nacht Feuer aus, das an den leicht brennbaren Präparaten und an der Holzhalle reiche Nahrung fand. Die Ausstellung wurde völlig vernichtet.

In den französischen Flugzeugwerken von Meudon (Seine-et-Oise) brach ein Brand aus. Die Flugzeugfabrik mit ihren sämtlichen Werkstätten wurde ein Raub der Flammen. Mehrere in der Nähe liegende Wohnhäuser sind mehr oder weniger beschädigt worden.

Bei Glasgow fuhr ein Zug im Nebel auf einen Vorzug auf. 51 Personen wurden verletzt. 24 Verletzte, darunter 6 Schwerverletzte, mußten im Krankenhaus bleiben. Bei den Verletzten handelt es sich zum größten Teil um Marktfrauen.

Ein Erdbeben auf Kreta hat bedeutenden Schaden angerichtet. In 10 Dörfern sind die meisten Häuser eingestürzt.

In Auburn (Amerika) wurden drei Sträflinge, die sich an der Meuterei im Juchthaus im vorigen Dezember beteiligt hatten und den Oberaufseher ermordeten, zur Hinrichtung durch den elektrischen Stuhl verurteilt.

Bei Miami (Florida) begann ein Vergnügungsdampfer mit Glasboden zur Besichtigung des Meeresbodens rasch zu sinken, als der Glasboden durch Auffahren auf einen Felsen brach. Sämtliche Fahrgäste wurden jedoch durch in der Nähe befindliche Fahrzeuge gerettet.

Badischer Teil

Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft im Jahre 1929

Im Jahre 1929 betrug der Aufwand der Badischen Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nach dem vorläufigen Rechnungsabluß 5 350 280 M. Außer diesen Aufwendungen müssen den durch Umlage aufzubringenden Beträgen 495 000 M. zur Verstärkung des Betriebsfonds zugezählt werden. Von dem Gesamtaufwand von 5 845 280 M. sind 20 000 durch verschiedene Einnahmen gedeckt, so daß für 1929 durch Umlage von den Genossenschaftsmitgliedern 5 825 280 M. zu erheben sind. Die Gesamtzahl der für das Gebiet der Genossenschaft abgesetzten Arbeitstage begiffert sich bei 272 000 umlagepflichtigen Betrieben auf 60 500 000, und die Gesamtsumme der hieraus berechneten Arbeitsmeriten auf rund 156 Mill. Reichsmark. Demgemäß ist vom Vorstand der Berufsgenossenschaft der zur Aufbringung der umzulegenden Summe zu entrichtende Beitrag auf 8,75 M. von je 100 Reichsmark Arbeitswert festgesetzt worden.

Badische Baugenossenschaften und Wohnungsgesetz

In Heidelberg versammelte sich dieser Tage die Vereinigung mittel- und oberbadischer Baugenossenschaften zu einer Aussprache, in deren Vordergrund der vom Reichswirtschaftsrat herabgesetzte Gezeigentwurf über die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmungen stand. Regierungsrat Dr. Köhler (Karlsruhe) referierte vor 60 Vertretern, die in der Aussprache auf die Mängel des Entwurfes hinwiesen, grundsätzlich aber den Entwurf als einen Fortschritt bezeichneten.

Eine Entschließung gelangte zur Annahme, die in der weiteren Zinsverbilligung für Baudarlehen das geeignete Mittel sieht, den Kleinwohnungsbaubau fortzusetzen und der minderbemittelten Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen neue Wohnungen zu verschaffen.

Industrie und Gewerbe auf dem Hochschwarzwald

Vor einiger Zeit fand am Rathaus in Neustadt i. Schw. eine Versammlung der Vertreter der Gemeinden, des Staates sowie der Industrieunternehmen, soweit sie im Hochschwarzwald anässig sind, statt. Auf ihr sollte die Lage von Gewerbe und Industrie des Hochschwarzwaldes eingehend besprochen werden.

Bürgermeister Pfister (Neustadt) gab einen prägnanten Überblick über die Wirtschaftslage Deutschlands vor und nach dem Kriege und über die besonderen Schwierigkeiten des Hochschwarzwaldes. Für die Holzindustrie schilberte Geschäftsführer Dengler die bekannten Schwierigkeiten, in denen sich besonders die südbadische Holzindustrie infolge der scharfen Konkurrenz der Schweiz befindet. Direktor Christiani von der Papierfabrik Neustadt wies darauf hin, daß es in allen übrigen Ländern bei den Zollbehörden feste Norm sei, nur die Interessen des eigenen Landes wahrzunehmen. Er trat weiter für eine Steuererhöhung in dem durch große Frachtsätze konkurrenzunfähigen Gebieten ein und forderte, daß die zuständigen Stellen Rücksicht auf die besondere Lage des Hochschwarzwaldes nehmen müßten. Sägewerksbesitzer Stier wies darauf hin, daß die Zollbarrieren der sehr aufnahmefähigen Schweiz und Frankreichs und die hohen inneren Kosten eine Konkurrenz in diesen Ländern unmöglich machten. Auf Grund der sog. Durchfuhrfrachten der deutschen Reichsbahn kostete der Kubikmeter Schmitzware von Eger (Böhmen) nach Neßl (Walden) 6 M., während von Neustadt nach Karlsruhe der Kubikmeter allein schon 7 M. kostete. Weiter wandte sich der Redner gegen die komplizierte Steuererhebung, die dem Gewerbetreibenden nicht weniger als 20 verschiedene Steuern beschere. Für die Aluminiumindustrie sprach Direktor Weibelzahl von der Sawina und Fabrikant Ludwig Winterhalber.

Das Ergebnis der Besprechung wurde in Grundrissen niedergelegt, die fordern: Vereinfachung des Steuerwesens, Rücksichtnahme auf die äußerst ungünstige wirtschaftliche Lage des Grenzlandes Baden, Umwandlung der Gebäudeförderung in eine einmalige Belastung, Aufhebung der Gewerbesteuer, Rücksichtnahme auf das Grenzland Baden bei der Festsetzung der Frachten, besonders der Durchfuhrfrachten für ausländisches Holz, Rücksichtnahme auf die badische Sägewerks- und Papierindustrie bei den Handelsvertragsverhandlungen und der Zollpolitik, Beschaffung von billigen Krediten und Vereinfachung des Grenzlandes Baden mit Württemberg.

Der Heuberg im Jahre 1929

Mit Beendigung des Jahres 1929 ist das erste Jahrzehnt der Heubergarbeit abgeschlossen worden. Aus dem für das abgelaufene Jahr 1929 erstatteten Bericht ist zu entnehmen, daß insgesamt 8183 Kinder mit 443 068 Körperpflegestagen 1929 auf dem Heuberg untergebracht wurden, während der Gesamtbesuch für 1928 sich auf 7410 Kinder mit 412 263 Körperpflegestagen belief. 1929 waren 3916 Knaben und 4267 Mädchen auf dem Heuberg. Aus Baden stammten 2659 Kinder, aus Württemberg 2521.

Im Erholungsheim waren insgesamt untergebracht 4806 Kinder, im Seebadheim 49 Klassen mit 1379 Kindern. Die Fortbildungsschule war von 294, die Haushaltungsschule von 429 Schülerinnen belegt, während in der Heilstätte 1275 Pflanzlinge Aufnahme fanden. Der Gesundheitszustand der Kinder war im allgemeinen zufriedenstellend, im ganzen Jahr waren 888 Kinder und 7 Erwachsene in der Krankenabteilung, 52 Kinder und 2 Erwachsene in der Isolierabteilung. In 519 Fällen wurde bei Kindern Angina festgestellt; ein Todesfall (Streptokokkenepsis) ist leider auch in diesem Jahr zu verzeichnen. Ende März hat der bisherige Anstaltsleiter des Heubergs, Staatsminister a. D. Dr. Dominicus, sein Amt wegen Arbeitsüberlastung (er ist 1. Vorsitzender des Deutschen Turnerbundes und 1. Vorsitzender des Deutschen Luftfahrtverbandes, niedergelegt. Zu seinem Nachfolger wurde Oberschulrat Isler von Karlsruhe ernannt.

Tagungen

Deutsch-Österreichischer Alpenverein. In den Tagen vom 18. bis 20. Juli findet die diesjährige Hauptversammlung des Deutsch-Österreichischen Alpenvereins in Freiburg statt.

Der Landesverband badischer allgemeiner Ortskrankenkassen wird seine diesjährige Tagung am 14. und 15. Juni in Triebberg abhalten.

Bei der Bezirksparlamente Ludenburg hat das verflozene Jahr trotz der schlechten Wirtschaftslage ein weiteres Anwachsen der Spareinlagen gebracht. Sie stiegen von 2 100 000 M. auf 2 533 000 M. Der Gesamtumsatz nahm um 3,6 Millionen zu, nämlich von 81 auf 84,6 Millionen. Die allen Spareinlagen werden mit 20 Proz. aufgewertet.

Die Einwohnerzahl der Stadt Baldschut betrug am 1. Januar 1930 5889 Personen, d. h. 259 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Hauptversammlung des Oberdeutschen Junfverbundes

Der Oberdeutsche Junfverband (Sitz Heilbronn), der kürzlich in Mannheim seine Hauptversammlung abhielt, gab am ersten Tag dem Mitarbeiter des deutschen Fernsehertechnikers, Prof. Karolus, Dipl.-Ing. Oeser, Gelegenheit, sich in ausführlicher Weise theoretisch und mit Experimenten über das aktuelle Problem des Fernsehens zu verbreiten.

Der Redner hob die Schwierigkeiten hervor, die der Lösung dieses Problems entgegenstehen und deren größte darin liegt, daß es noch nicht gelungen ist, eine einwandfreie Verstärkung der elektrischen Ströme zu erreichen, die von der Photozelle aus Umwandlung der Lichtstrahlen geliefert werden. Die Bildübertragungseinstellung sowohl auf der Sender- wie Empfängerseite, scheint im Vergleich damit keine Schwierigkeiten mehr zu bieten. Es bedürfte jedenfalls noch umfangreicher wissenschaftlicher Arbeit, da das wirkliche Fernsehen, also die direkte Übertragung von Personen und Gegenständen, noch in den allerersten Anfängen steht. Es seien wohl Ansätze zu neuen Lösungsmöglichkeiten vorhanden, aber ihre Auswertung und praktische Durchführbarkeit werde noch jahrelange Arbeit in Anspruch nehmen.

Des weiteren veranstaltete der Verband eine öffentliche Kundgebung zum Schutz des Rundfunks, wobei Hans Saal vom Junfverein Pforzheim, eine Reihe von Forderungen an die Rundfunkbehörden ausführlich und unter Zustimmung einer zahlreichen Hörerschaft begründete. Er forderte ein Reichsgesetz zum Schutz des Rundfunks, das einen vertragsmäßigen Anspruch des Hörers auf Teilnahme an Rundfunk festlegt, die Funksteuer beseitigt, das Recht auf eine Außenantenne anerkennt, die Steuerbefreiung regelt und die Bekämpfung der Störungen durch elektrische Anlagen ermöglicht. In der anschließenden Diskussion wurden diese Forderungen gutgeheißen.

Allerstützorgane im Fleischerhandwerk

Unter Vorsitz von Stadtrat Groß (Mannheim) versammelten sich in Karlsruhe die Obermeister des Bezirksvereins Baden im Deutschen Fleischerhandwerk, um insbesondere über Einführung einer Allerstützorgane zu beraten. Der Bezirksverein Rheinpfalz, in dessen Bereich die Frage auch lebhaft debattiert wird, hatte eine Delegation entsandt. Die Aussprache ergab, daß man zwischen eigener Kasse und Anschluß an eine Versicherungsgesellschaft schwankte. Die Pfälzer Delegierten erklärten, ihr Verband sei für eine eigene Kasse. Es wurde die Frage eines eventuellen Zusammenschlusses gestreift. Schließlich wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die dem nächsten Bezirkskongress die Allerstützorgane mit abgeschlossenem Programm zur Beschlussfassung vorlegen soll. Dem vorausgegangen Tätigkeitsbericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß auch 1929 dem Fleischerhandwerk keine Besserung gebracht habe. Der Fleischkonsum gehe zurück.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Weiher (Amt Bruchsal) ging der Bürgermeisterwahl ein heftiger Kampf in Wort und Schrift voraus. Von 1094 Wahlberechtigten stimmten 802 ab, allerdings bei 6 Kandidaten zeigte es keinem zur nötigen Stimmenzahl. Gutsherrenwahl erhielt die meisten Stimmen mit 274, Leopold Gärtner 202 usw. Ob ein zweiter Wahlgang die Entscheidung bringt, ist fraglich. — Die Besetzung der Bürgermeisterstelle von Waldbrunn wird Anfangs April erfolgen.

Interbilanz des städtischen Hotels in Mannheim. In einer Pressebesprechung erklärte Bürgermeister Walli, daß eine Meldung von einem Defizit des städtischen Hotels „Mannheimer Hof“ in Höhe von einer halben Million Reichsmark übertrieben sei. Die Bilanz per 30. November 1929 weise einen weit geringeren Betrag als Verlust aus. Notwendig sei jedoch, Einsparungen und Betriebsvereinfachungen vorzunehmen und die Zimmerpreise zu erhöhen.

Abbau in Heilbronn. Der Heilbronner Stadtrat beschäftigte sich dieser Tage mit der Verwaltungsreform. Mit dieser ist ein Abbau von Beamten und Angestellten verbunden. Die Stadtdämmer werden auf 11 herabgesetzt, die Zahl der Nebenstellen soll zukünftig 34 betragen. Vorerst soll 58 Beamten und Angestellten auf 1. April gekündigt werden. Man will mit diesem Abbau jährlich 160 000 M einsparen. Ganz verschwinden dürfte das städt. Landwirtschaftsamt.

Neue Weidungsbrücke bei Weinheim. In dieser Woche soll die neue Brücke über die Weidung vor der Weinheimer Kellerskirche auf ihre Tragfähigkeit erprobt und dann dem Verkehr übergeben werden. Beim Brückenbau, der in Eigenleistung durch die Firmen Wagh & Freytag (Frankfurt a. M.) und Georg Hopp (Weinheim) gemeinschaftlich ausgeführt wurde, wurden die Zu- und Abgänge nach dem Birkenauer Tal verbessert, auch ist die Brücke um zwei Meter verbreitert worden. Zu den Baukosten von etwa 150 000 M hat die Stadt einen Betrag von 50 000 M aufgeschossen.

Eine glückliche Gemeinde. Durch den Waldreichtum der Gemeinde Dornberg (Wuchen) ist diese seit Jahren umlagefrei. Neben dieser Umlagefreiheit erhält jeder Bürger 31 Ster Holz und 800 Wollen. Die Gemeinde wird im laufenden Jahr ein neues Rathaus erstellen, wofür bereits das Baugeld auf der Kasse liegt.

Fremdsprachenunterricht an der Hohenheimer Volksschule. Nach einem Beschluß des Bürgerausschusses Hohenheim soll in der Volksschule Fremdsprachenunterricht für diejenigen Schüler, die in Deutsch und Rechnen mindestens die Note „gut“ haben, eingeführt werden. Die Lernmittel müssen von den an dem Fremdsprachenunterricht teilnehmenden Schülern auf eigene Kosten beschafft werden. Als Fremdsprache wurde die englische bestimmt.

Das Triberger Ferngaswerk. Im Zentralgebiet der badischen Schwarzwaldbahn ist ein wichtiges Wirtschaftswerk nunmehr vollendet worden; das vor dem Kriege noch gerade rechtzeitig errichtete Städtische Gaswerk Triberg ist zum Ferngaswerk ausgebaut worden. Über die Fernleitung nach St. Georgen, den Ort- und Hausanschlüssen, in dem am Streckenzug liegenden Dorf Ruppach, oberhalb Triberg, war auch eine Vergrößerung des Gaswerkes in Triberg durchgeführt worden.

Der Bürgerausschuss Wehrhahle befaßt sich mit der Ansiedlung eines neuen Industrieunternehmens in dem ehemaligen Erziehungsinstitut Wehrhahle. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Nach ihr soll die neue Gesellschaft für fünf Jahre von den Gemeindefinanzen befreit werden, außerdem zählt die Stadtgemeinde der neuen Firma fünf Jahre lang für jeden Beschäftigten und in Wehrhahle ansässigen Arbeiter einen jährlichen Zuschuß von 100 M, und zwar ist der Zuschuß für höchstens 30 Arbeiter zu bezahlen. Bei der Firma handelt es sich um die **Ramac-Schuhwerk G. m. b. H.**, die am 15. April mit 25 Arbeitern den Betrieb aufnehmen will.

Der Gemeindevoranschlag von Zell a. S., der wiederholt vom Bürgerausschuss abgelehnt wurde, wurde nunmehr vom Bezirksrat festgesetzt.

Aus der Landeshauptstadt

Der Grünlern ein deutsches und badisches Erzeugnis!

Wie berichtet wird, sind in einzelnen Teilen unseres Grünlandes Baden und Württemberg noch kaum ein Pfund Grünlern von den Bauern verkauft worden, sie sind noch schlechter daran, als die Roggenproduzenten. Der Reichsverband deutscher Hausfrauenvereine, der sich stets für gesunde und zweckmäßige Ernährung einsetzt und mitzuhelfen bemüht ist, durch eine zweckmäßige Verbrauchsgestaltung die schwere Lage der deutschen Landwirtschaft zu überwinden, gibt diesen Nachdruck der Bauern aus dem Grünland an alle deutschen Hausfrauen weiter in der Hoffnung, daß jede einsichtige Hausfrau durch stärkere Berücksichtigung von Grünlern auf dem Küchensettel das ihre tun wird, um einen so wichtigen Zweig der deutschen Volkswirtschaft zu erhalten. Der deutsche Grünlern ist an Nährstoffgehalt, d. h. an Eiweiß, Fett, Vitaminen und Mineralstoffen seinen Auslandskonkurrenten: Reis, Tapioka und Sago bei weitem überlegen. Neben der so wohlschmeckenden Grünlernsuppe erfreut sich der Grünlernpuding und der Grünlernsalat großer Beliebtheit. Die deutschen Hausfrauen haben es in der Hand, durch überlegten Verbrauch Rot und Glend im deutschen Vaterland zu fördern.

Kundgebung der Beamtenschaft. Das Landesamt Baden des Deutschen Beamtensbundes hielt am vergangenen Samstag im großen Saal des Friedrichshofes eine Versammlung ab, in der der Vorsitzende des Deutschen Beamtensbundes, Hilgel (Berlin) über „Das Berufsbeamtentum und der Staat“ sprach. Redner hob hervor, daß in einer parlamentarisch regierten Republik ein Berufsbeamtentum deutscher Prägung noch wichtiger und nötiger sei als in der Monarchie, weil dieses Beamtentum im parlamentarisch regierten Parteienstaat ein Gegengewicht gegen einseitig-parteiliche Einstellung bilde. Nicht Abbau, sondern Erhaltung und vernünftigen Aufbau des Beamtensbundes sei notwendig.

Der Landwirtschaftliche Klub Karlsruhe, der im Jahre 1924 von verschiedenen praktischen Landwirten des Kreises Karlsruhe ins Leben gerufen wurde, hielt dieser Tage bei sehr starker Beteiligung seine 6. ordentliche Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende, Ökonomierat Dr. h. c. Müller (Karlsruhe) begrüßte die zahlreichen Gäste. Oberlandwirtschaftsrat Reiser von der Badischen Landwirtschaftskammer hielt einen Vortrag über „Tagesfragen aus dem neuzeitlichen Ackerbau“, wobei er mit warmen Worten der Anerkennung und des Dankes der Verdienste des Reichsministers Dietrich um die deutsche Landwirtschaft gedachte. Der Aufbau von Luzerne als der einweisigreichsten Futterpflanze Deutschlands müßte weit mehr gefördert werden. In den landwirtschaftlichen Betrieben werde häufig noch viel zu teuer gefüttert, weil der Zufuhr von ausländischem Kraftfutter überwiege. Der Redner richtete an die Verbraucherschaft den Appell, in weitgehendem Maße die heimischen Produkte zu berücksichtigen, um so das Maßstab der deutschen Volkswirtschaft — die deutsche Landwirtschaft — lebensfähig und stark zu machen. Reichsminister Dietrich wird am 8. März d. J. im Landwirtschaftlichen Klub zu Karlsruhe einen Vortrag halten.

Badische Lichtspiele — Kongerthaus. Wer hat nicht schon den stillen Wunsch gehabt — so aller Sorgen frei — eine Reise nach dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten zu machen. Weitens bleibt es bei dem Wunsch. In dem Filmvortrag „Amerika“ durch Dipl.-Agr. Rannwitz bekam man einen Einblick von dem unermeßlichen Reichtum dieses Landes an Natur- und Bodenschätzen. Eine Fülle von Eindrücken hinterläßt diese Reise, die in Hamburg beginnt. Nach Anlaufen der amerikanischen Küste in New York besuchen wir alle größeren Städte bis hinunter nach New Orleans, dann gehts hinüber nach der Westküste Kaliforniens, über San Francisco nach dem Norden der Union-Staaten, durch die großen Industriegebiete bis wieder zurück nach New York. Jeder Teil des Landes trägt das Antlitz seines Bodens. Der Vortrag sowohl, als auch die Aufnahmen, die zum Teil geradezu hervorragend zu nennen sind, hinterließen einen gewaltigen Eindruck. Man kann wohl sagen, daß sich kein Land in wirtschaftlich-industrieller Beziehung mit den Vereinigten Staaten messen kann. Ob das auch in bezug auf das Geistesleben zutrifft, beantwortet der Film uns allerdings nicht. Jedenfalls bietet der Film im Gegensatz zu den durchschnittlichen „Amerika-Bildstreifen“ etwas ganz Besonderes.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Anhaltende Zufuhr kalter Luft aus Nordosten hat uns winterliches Wetter gebracht. Aber dem ganzen Lande liegt jetzt eine in der Ebene meist noch geringe, im nördlichen Schwarzwald bis 50 Zentimeter, im südlichen in den Hochlagen bis 1 Meter mächtige Schneedecke. Der hohe Druck liegt jetzt mit seinem Kern über Skandinavien und zieht langsam ostwärts. Tiefer Druck über dem Mittelmeer unterstützt zwar immer noch den Kaltluftstrom aus Nordosten. Bald dürfte aber dem Abzug der Mittelmeerkaltilone bei uns Aufhellung und durch Strahlung Verschärfung des Frostes eintreten. **Wetterausblick:** Aufhellernd, nur noch leichte Schneefälle im Süden des Landes, Verschärfung des Frostes, östliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 17. Febr. Heute vormittag um 11.87 Uhr ist der Superwal „D 1785“ nach seinem mehrtägigen Aufenthalt am Mittelrhein zur Fortsetzung der Flugreise nach Nordsee gestartet. Der Start vollzog sich ohne Schwierigkeit. Das Flugzeug mußte jedoch um 1 Uhr in Wingen eine Notlandung auf dem Rhein vornehmen. Ein Motor war aus seinem Stand herausgebrochen. Zwei Propeller wurden zertümmert, die Gondeln beschädigt und mehrere Wägen in den Rumpf geschlagen. Das Flugzeug soll in Wingen repariert werden.

D3. Heidelberg, 15. Febr. Prof. Dr. Raddbruch, der frühere Reichsjustizminister, erklärt in der Heidelberger Presse, die in der letzten Zeit von nationalsozialistischer Seite wiederholt verbreitete Nachricht, er habe von den D-Dank für den Entwurf des Fusionsvertrages 800 000 M Honorar gefordert und auch erhalten, für unmaß. Er habe an diesem Betrag überhaupt nicht mitgewirkt und daher weder Honorar gefordert, noch erhalten.

Hd. Freiburg, 18. Febr. Am heutigen Dienstag kann Egg. Geheimrat Dr. Christian Wämmer (Freiburg) das Fest seiner 70jährigen Doktorpromotion begehen. Am 18. Februar 1860 hat Dr. Wämmer seinen Dokortitel an der Universität Erlangen erworben, und die Erlanger medizinische Fakultät hat aus diesem Anlaß eine Medaille mit dem Bildnis des Jubilars herstellen lassen.

Hd. Überlingen, 17. Febr. Am 18. Januar war in den frühen Morgenstunden die 19 Jahre alte Sophie Friedrichs am Geländer einer Brücke im Burgberger Wäldchen im Wasser tödlich ertrunken aufgefunden worden. Das Mädchen verstarb eine Woche später im Krankenhaus. Die Polizei hatte sofort nach der Tat ihren Liebhaber, einen gewissen Ernst Schiele, unter Verdacht verhaftet. Eine bei dem Verhafteten vorgefundene Ampulle enthielt Fuchsigkeit, das Schiele dem Mädchen zu trinken gegeben hatte unter dem Vorwand, daß damit ihr Anwohlfen beseitigt würde.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	18. Februar		17. Februar	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	167.88	168.22	167.77	168.11
Kopenhagen 100 Kr.	112.07	112.29	111.90	112.32
Italien 100 L.	21.90	21.94	21.90	21.94
London 1 Pf.	20.349	20.389	20.347	20.387
New York 1 D.	4.1875	4.1955	4.1860	4.1940
Paris 100 Fr.	16.375	16.415	16.38	16.42
Schweiz 100 Fr.	80.765	80.925	80.74	80.90
Wien 100 Schilling	58.935	59.055	58.915	59.035
Prag 100 Kr.	12.396	12.416	12.39	12.41

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Februar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 214,6 Mill. Reichsmark auf 4 166,4 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbanknoten um 15,4 Mill. Reichsmark auf 336,5 Mill. Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und dedungsfähigen Devisen haben sich um 32,8 Mill. Reichsmark auf 2 752,6 Mill. Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein besetzte sich um 53,1 Proz. in der Vorwoche auf 56,4 Proz., diejenige durch Gold und dedungsfähige Devisen von 62,1 Proz. auf 66,1 Proz.

Badische Bank. In der am Montag in Mannheim abgehaltenen Generalversammlung wurden die Anträge der Verwaltung genehmigt. Aus dem Reingewinn von 1,3 Millionen Reichsmark wird eine Dividende von 11 Proz. (10 Proz.) ausgeschüttet. Die turnusmäßig ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt.

Bankinsolvenz in Frankfurt. Der Frankfurter Bankverein AG. in Frankfurt a. M. ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Das Aktienkapital von 1,02 Mill. Reichsmark und die Reserven von 220 000 M dürften verloren und außerdem noch einige Hunderttausend Reichsmark Unterbilanz vorhanden sein. Die etwa 80 000 Spareinleger mit rund 8 Mill. Reichsmark Einlagen werden indes von den Ausfällen nicht betroffen, denn die Städtische Sparkasse in Frankfurt a. M. hat sich, um jede Beunruhigung der Einleger zu verhüten, entschlossen, die Einlagen des Bankvereins zu übernehmen. Die Verluste sind hauptsächlich durch Ausfälle von seitens der Industriebeteiligungen entstanden.

Das Gläubigerkomitee der Savag hat einmütig einem Vergleichsvorschlag zugestimmt. Das Vergleichsverfahren bei der Bank für deutsche Beamte ist angenommen worden.

Der Rheinverkehr im Straßburger Hafen hat im Monat Januar gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um fast 100 000 Tonnen zu verzeichnen. Er erreichte 510 676 Tonnen (im Dezember 416 617 Tonnen), davon 243 428 Tonnen Zufuhren und 267 347 Tonnen Ausfuhren.

Die A.G. Deutsche Werke AG., Schreibmaschinenfabrik, Berlin, die u. a. auch ein Büro in Mannheim, Q 7, 23, unterhält, hat ihren Firmennamen in Europa Schreibmaschinen-AG. geändert. Als Grund wird die Erweiterung des Interessentenspektrums des Unternehmens angegeben. Die Änderung ist dadurch begründet, daß die Schreibmaschinenfabrik einen Namen wählen wollte, der auf die Produktion hinweist und zugleich die europäische Bedeutung der Fabrikate betont. In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, daß die zum A.G. Konzern gehörende Gesellschaft die Gebäude, in denen sie fabriziert, jetzt käuflich erworben hat, während bisher nur ein Pachtverhältnis bestand. Der bisherige Besitzer der Fabrikgebäude war die Vereinigte Industrieunternehmungen AG. (VIA), Berlin, in der die industriellen Interessen des Reiches zusammengefaßt sind.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung Vorschriften über Krankheitsreger

Öffentliche oder amtliche Wassermann-Reaktionen werden in Baden in folgenden Krankenhäusern und Anstalten im Sinne des § 2 Absatz 3a und b der Bekanntmachung betreffend Vorschriften über Krankheitsreger vom 21. November 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 1069) ausgeführt, ohne daß sie einer Erlaubnis bedürfen:

1. Freiburg: Badisches Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten;
2. Heidelberg: Badisches Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten;
3. Heil- und Pflegeanstalt Jlenau;
4. Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz;
5. Karlsruhe: Städtisches Krankenhaus;
6. Mannheim: Städtisches Krankenhaus.

II.
Eine Erlaubnis zur gewerbmäßigen Ausführung der Wassermann-Reaktion auf Grund des § 2 Ziffer 1 und 2 obengenannter Bekanntmachung ist erteilt:

1. Apotheker Dr. Fritz Lindner, Karlsruhe, Kaiserstr. 80.
2. Dr. med. Binder, Leiter des bakteriologischen Instituts der öffentlichen Untersuchungsanstalt in Pforzheim.
3. Generaloberarzt a. D. Dr. Emil Lohde, Baden-Baden, Lange Str. 2.
4. Dr. med. Martin Schmidt in Mannheim, T. 6. 24. Karlsruhe, den 15. Februar 1930.
Der Minister des Innern:
J. A. Dr. A. Jung.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufeetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernann:
Polizeioberwachmeister August Lindauer zum Polizeikommissar in Mannheim.
Verwaltungsinspektor Johann Klein in Karlsruhe zum Verwaltungsoberinspektor.
Rechnungsrat Heinrich Weisshädel in Mannheim zum Oberrechnungsrat.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernann:
Bibliothekar Dr. Oskar Seneca an der Bibliothek der katholischen Hochschule hier zum Oberbibliothekar daselbst.
Planmäßig angeheft:
Bibliothekassessor Dr. Ludwig Raiber an der Universitätsbibliothek in Freiburg als Bibliothekar.
Gekörben:
Am 5. Februar 1930 der emeritierte ordentliche Professor Dr. Friedrich von Duhn an der Universität Heidelberg.



Lebensbedürfnisverein Karlsruhe



Allen Anhängern einer gesunden Ernährungsweise empfehlen wir unsere vorzüglich eingeführten und sehr beliebten

VOLLKORNBROTE:

Warenabgabe nur an Mitglieder

Roggenschrotbrot nach rheinisch-westfälischer Art und Weizenschrotbrot

Außerdem empfehlen wir unser
Kornbrot, Roggenbrot in Laiben von 1500 Gr.
Kornbrot in Laiben von 750 und 1000 Gramm
Halbweißbrot, Weißbrot und sämtl. Kleingebäck

zwei Brote, die unter Garantie alle Bestandteile des Getreidekornes enthalten und die, da nach besonderem Backverfahren unter Ausschluß hoher Temperaturen hergestellt, die große Gewähr für reichen Gehalt an natürlichen mineralischen Salzen und Vitaminen bieten.

Achten Sie auf die Preise unserer Vollkornbrote !!!

Der Vorstand.

181

Q.179. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Carl Diehl in Karlsruhe ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin bestimmt auf: Dienstag, den 11. 3. 1930, vorm. 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 3. Stod., Zimmer Nr. 234.

Karlsruhe, 18. 2. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.

Arbeitsvergebung

für den Neubau des Finanzamts an der Simmerstraße werden öffentlich ausgeschrieben:

1. Schreinerarbeiten in 2 Kufen.
 2. Kinnleumarbeiten.
 3. Estricharbeiten (Unterboden für Kinnleum).
- Zeichnungen, Bedingungen und Angebotsvordrucke vom 19. Februar 1930 bis 26. Februar 1930 jeweils vormittags 10 bis 12 Uhr im Sitzungssaal des Finanzamts Porzheim, Schulbergstraße. Kein Versand von Zeichnungen und Unterlagen nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei und durch Aufschrift gekennzeichnet, sind bis 26. Februar 1930, im Sitzungssaal d. Finanzamts Porzheim-Stadt, Schulbergstraße, und zwar:
1. Schreinerarbeiten 10 Uhr vorm.
 2. Kinnleumarbeiten 11 Uhr vorm.
 3. Estricharbeiten 11 Uhr vorm.
- Zuschlagsfrist 2 Wochen.
Vertragbauamt.

Fordernußholz-Versteigerung.

Forstamt Schweigenen, Freitag, 28. Februar, 10 Uhr, Hotel Adler in Schweigenen: aus Distrikt Schweigenen Hardt 596 fm Fordernußholz, Kl. I bis V (darunter circa 200 fm Wasserholz). Maßlisten durch das Forstamt. Q.178

Badisches Verfassungsrecht mit Erläuterungen

herausgegeben von

Dr. jur., Dr. phil. h. c. Karl Glockner
Verwaltungsgerichtshofs-Präsident i. R.

Zweite, vollständig neu bearbeitete Auflage 1930

XII, 420 Seiten. Preis ca. 21 RM. Erscheint Frühjahr 1930

Den Behörden und Bibliotheken ist diese Neubearbeitung ebenso zu empfehlen wie den Politikern und staatsrechtlich Interessierten. Das Buch versucht es erstmals, den Einfluß der Reichsverfassung vom 11. August 1919 auf die 5 Monate vorher beschlossene Badische Verfassung vom 21. März 1919 klarzustellen und das Material der Landtagsverhandlungen 1919—1929 für die Auslegung der Verfassung nutzbar zu machen. Auch die Änderungen der Geschäftsordnung durch Landtagsbeschluß vom 21. November 1929 sind berücksichtigt

Inhalt:

Verfassung: Geschichtliches. Landtagswahlgesetz: Geschichtliches.
Gesetzestext mit Erläuterungen. Gesetzestext mit Erläuterungen.
Geschäftsordnung für den Badischen Landtag. Sachverzeichnis.

Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

Öffentliche Sparkasse Weingarten (Baden) (Gemeindesparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1928

Soll:		Haben:	
Darlehen gegen Hypothek	283 871,15	Spareinlagen	504 025,04
Betriebskapital bei der Girozentrale	9 500,—	Giroeinlagen	36 230,14
Schuldenscheindarlehen	118 145,60	Anlehenskapitalien	24 789,28
Wechsel	13 673,10	Aufwertungsfonds	11 401,24
Guthaben beim Postsparkamt Karlsruhe	359,36	Ausgabenrückstände	7,50
Darlehen im Kontokorrentverkehr	129 525,61		
Einnahmerückstände	6 333,33		
Kassenvorrat	5 655,98		
Robilien	4 864,15		
Passivkonto	4 525,32		
	576 453,20		576 453,20

Weingarten, den 31. Dezember 1928.

Der Verwaltungsratsvorsitzende: Gah.

Der Geschäftsleiter: Kächer.

KommunalDarlehen

vermittelt unter günstigen Bedingungen

JOSEPH LIEBMAN

Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Forstenabschnitte—Freihandverkauf.

Bad. Forstamt Graben in Bruchsal, Dienstag, den 25. Februar d. J., 130 fm Fo. Abschn., I. bis IV. Kl. in 18 Losen. Losverzeichnisse durch das Forstamt, Fernruf Bruchsal 2340.

**Lest Bücher!
Wissen gibt Macht!**

Insereoren bringt Gewinn!

Druck G. Braun, Karlsruhe

Wohlfahrtsgeldlotterie

Ziehung am 6. und 7. Februar 1930, unvorläufig festgesetzt auf 10. u. 11. Jan. 1930

In die für Baden genehmigten Lose fielen nachstehende Gewinne:

- Je 50 RM.:** Nr. 45609, 61226, 176626.
- Je 20 RM.:** Nr. 61241, 89512, 89883, 89963, 122324.
- Je 10 RM.:** Nr. 15985, 29415, 29462, 45526, 61307, 61348, 89633, 89781, 89977, 106417, 122640, 122701, 153403, 176870, 176978.
- Je 6 RM.:** Nr. 6096, 6278, 6453, 6476, 15542, 15628, 15703, 15723, 15726, 15787, 15796, 15974, 29171, 29375, 45517, 45822, 45967, 61168, 61213, 61330, 61372, 61436, 61478, 89557, 89588, 89707, 89789, 106150, 106213, 106258, 106262, 106276, 106317, 106351, 106499, 122766, 122794, 122838, 122940, 122947, 122994, 153004, 153131, 153291, 153429, 153460, 176606, 176627, 176663, 176698, 176702, 1176786, 176895.
- Je 4 RM.:** Nr. 6063, 6065, 6135, 6205, 6207, 6210, 6232, 6241, 6276, 6286, 6321, 6331, 6370, 6379, 6408, 6423, 6478, 6499, 6500, 15510, 15526, 15534, 15592, 15603, 15633, 15639, 15658, 15658, 15671, 15722, 15727, 15766, 15770, 15795, 15810, 15854, 15881, 15887, 15907, 15911, 15928, 29001, 29023, 29068, 29088, 29091, 29165, 29168, 29172, 29185, 29189, 29194, 29250, 29260, 29283, 29324, 29335, 29378, 29390, 29455, 29459, 29478, 29488, 45531, 45540, 45541, 45594, 45600, 45625, 45664, 45725, 45798, 45826, 45888, 45903, 45910, 45938, 45981, 61024, 61055, 61072, 61089, 61106, 61117, 61132, 61151, 61176, 61201, 61219, 61224, 61245, 61328, 61332, 61343, 61401, 61429, 61432, 61446, 61459, 61466, 89511, 89517, 89565, 89581, 89607, 89672, 89680, 89701, 89732, 89767, 89776, 89812, 89829, 89838, 89912, 89928, 89936, 89937, 106006, 106024, 106038, 106083, 106086, 106108, 106129, 106130, 106175, 106178, 106192, 106201, 106237, 106285, 106330, 106382, 106407, 106467, 106484, 106497, 122522, 122541, 122625, 122632, 122641, 122686, 122696, 122702, 122798, 122823, 122847, 122860, 122879, 122952, 153121, 153163, 153279, 153298, 153356, 153380, 153383, 153392, 153484, 153487, 176552, 176564, 176571, 176583, 176587, 176610, 176616, 176730, 176736, 176772, 176800, 176814, 176815, 176839, 176877, 176898, 176934, 176952, 176977, 176983, 176999.



Badisches Landestheater

Mittwoch, 19. Februar 1930

Nachmittags:
6. Vorstellung der Schülermiete

Hänsel und Gretel
Märchenpiel von Gumpelink

Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Landgrebe

Mitwirkende:
Fischerbach, Geibertich,
Winter, Janz, Kallab,
Rauftötter, Räder.

Vierauf
Lanzhuie

Von Tschajkowsky
Dirigent: Schwarz
Choreographische Leitung:
Fürsteman

Mitwirkende:
Das Ballett, die Fachschule
für Tanz, die Kinder-
ballettschule.

Anfang 15^h Ende 18
Preise C (1—7 RM)
Plätze im 2., 3. und 4. Rang
sind für den allgemeinen
Verkauf freigehalten.

Abends:
* C 16. Th.-Gem. 1—100
und 401—500
Zum erstenmal

Ingeborg

Komödie von Curt Götz
Regie: Dr. Landgrebe

Mitwirkende:
Quaifer, Ziegler, Brand,
Kloebis, Müller.

Anfang 20 Ende 22
Preise A (0,70—5 RM)

Donnerstag, 20. Februar:
Das Glöckchen des Eremiten.

Freitag, 21. Febr.:
Sondermiete „Zeittheater“:
Karl und Anna.

Sa., 22. Febr.: Die Dreigroschenoper.

So., 23. Febr.: Vormittags:
Vortrag von Dr. Pater
Erpeditus Schmidt.

Nachmittags: Tiesland.
Abends: Neu einstudiert:
Der Waffenschmied. Im
Konzertsaal: ... Pater
sein begeben sehr.

Mo., 24. Febr.: Das Glöckchen des Eremiten.

Bruchsal. Q.177
Güterrechtsregisterreintrag Bd. III Seite 210:
Schneider, Herm., Landwirt in Forst, und Paula geb. Frank, daselbst. Vertrag vom 15. Januar 1930
Gütertrennung WVB.
Bruchsal, 15. 2. 1930.
Amtsgericht I.